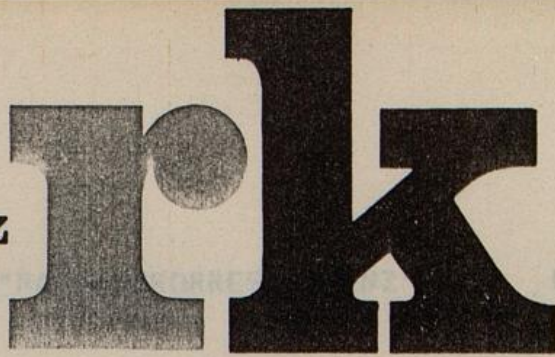


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.00 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Dienstag, 12. August 1986

Blatt 1913

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Schimpansenimport der Immuno: keine Bewilligung
ausgesendet: der Stadt Wien

(grau) Neuer Erzbischof zu Besuch bei Landeshauptmann
Zilk

Politik: Dezentralisierung: Entwurf geht in Begutachtung
(rosa)

Kommunal: Neuer Chefarzt der Rettung
(rosa) Weitere Verkehrsberuhigung in der Inneren Stadt
Stacher: Rechtzeitig für Spitals-Umstrukturierung
gesorgt

Lokal: Bauarbeiten auf der Freudenauer Hafenbrücke
(orange)

.....
Bereits am 11. August 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Schimpansenimport der Immuno: keine Bewilligung der Stadt Wien

Utl.: Zilk appelliert an Steger

10 =Wien, 11.8. (RK-LOKAL) Für den Import jener 20 Schimpansen, die die Firma Immuno vor wenigen Tagen zu Forschungszwecken nach Österreich importiert hat, gibt es keine Bewilligung der Stadt Wien. Das stellten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadtrat Helmut BRAUN, der sowohl für den Naturschutzbereich (Washingtoner Artenschutzabkommen) zuständig ist als auch die, für Tierschutz verantwortliche Stadträtin Friederike SEIDL derzeit vertritt, Montag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest. Der Import wurde vielmehr, wie Bürgermeister Zilk dazu ausdrücklich feststellte, vom Handelsministerium bewilligt. Der Wiener Bürgermeister appelliert in diesem Zusammenhang an Vizekanzler Bundesminister Dr. Norbert STEGER, dafür zu sorgen, daß in Hinkunft nicht die Absichten des Washingtoner Artenschutzabkommens, dem Österreich ja beigetreten ist, durch das Ministerium unterlaufen werden. Gleichzeitig erteilte Zilk die Weisung, daß im Bereich der Stadt Wien für Privatbetriebe, Tierhändler usw. keine Genehmigungen zu Tierversuchen erteilt bzw. derartige Ansuchen dem Bürgermeister vorgelegt werden müssen.+++

Die Firma Immuno, mit der es bereits einmal Probleme wegen des Imports von Schimpansen gegeben hat, hatte 1985 bei der MA 22 um eine Einfuhrbewilligung für 20 Schimpansen angesucht. Dieses Ansuchen wurde von der Umwelta Abteilung zurückgewiesen. Sie könnte entsprechende Bescheinigungen nur ausstellen, wenn die Tiere aus einem dem Washingtoner Artenschutzabkommen angeschlossenen Staat entstammen. In diesem Fall ging es allerdings um Schimpansen aus Sierra Leone, das diesem internationalen Schutzabkommen nicht beigetreten ist. Daher hat das Handelsministerium über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Einfuhr zu entscheiden. (Schluß)

chr/lei/hrs/gg

.....
Bereits am 11. August 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER
Neuer Erzbischof zu Besuch bei Landeshauptmann Zilk

11 Wien, 11.8. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK empfing heute, Montag, den künftigen Wiener Erzbischof Dr. Hermann GROER im Rathaus zu einem Besuch. Wie Zilk nach der Unterredung erklärte, habe das sehr herzlich geführte Gespräch Übereinstimmung in vielen wichtigen Fragen ergeben. Er habe dem designierten Erzbischof die vorbehaltlose Kooperationsbereitschaft der Stadtverwaltung in allen Sachfragen zugesichert, betonte der Landeshauptmann. Im übrigen habe er, Zilk, den Eindruck gewonnen, daß Dr. Groer die beispielgehende Entwicklung der österreichischen katholischen Kirche nach dem Krieg ganz im Sinne seiner Vorgänger fortführen werde. "Der neue Erzbischof ist ein Mensch, dessen tiefe innere Gläubigkeit ein großes und weites Herz erkennen läßt, das zweifellos allen Wienerinnen und Wienern gehören wird", schloß Zilk.
(Schluß) red/bs

NNNN

NNNN

Neuer Chefarzt der Rettung

Utl.: Stacher: Noch immer zu wenig praktische Ärzte für Hausbesuche

1 =Wien, 12.8. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Spitalsstadtrat

Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Montag Nachmittag

Dr. Alfred KAFF als neuen Chefarzt der Wiener Rettung in sein Amt

ein. Er folgt Chefarzt Medizinalrat Dr. Ottokar BERAN, der in

Pension gegangen ist. Bei der Amtseinführung erklärte Stacher, es

gebe noch immer zu wenig praktische Ärzte, die die Rettung von
entbehrlichen Einsätzen in Wohnungen entlasten könnten. In

Gesprächen mit Ärztekammer und Gebietskrankenkasse würden Wege

gesucht, um sicherzustellen, daß die Rettung ihre ursprüngliche

Funktion wieder besser wahrnehmen könne, sagte der Stadtrat, und

fügte hinzu, daß die Entwicklung bei der Rettung nicht stehenbleibe

und ebenso neue Erkenntnisse wie neue Organisationsformen zum Tragen
kommen müßten.++++

Dr. Alfred Kaff wurde 1945 geboren und ist seit August 1984 im

Rettungsdienst tätig. Die Funktion eines provisorischen Leiters

hatte er seit August 1985 ausgeübt. Sein Vorgänger MR Dr. Ottokar

Beran war seit 1958 Mitarbeiter des Rettungsdienstes und von 1978

bis zu seiner Pensionierung Ende 1984 dessen ärztlicher Leiter.

(Schluß) and/gg

NNNN

Dienstag, 12. August 1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1917

Rauarbeiten auf der Freudenauer Hafnbrücke

3 =Wien, 12.8. (RK-LOKAL) Mittwoch beginnen Prüfungs- und Wartungsarbeiten auf der Freudenauer Hafnbrücke im Zuge der Bundestraße B 10 über den Donaukanal und den Winterhafen. Während der Reparaturarbeiten müssen die beiden mittleren Fahrstreifen der vierspurigen Brücke gesperrt werden. Da die beiden äußeren Fahrstreifen aber voll zur Verfügung stehen, wird es kaum zu Verkehrsbehinderungen kommen. Die Arbeiten werden etwa vier Monate dauern. (Schluß) sc/bs

NNNN

Auch in Zukunft sollen, so hoffen, die sieben Hauptverkehrsachsen den Durchzugsverkehr durch die Innere Stadt verhindern, jedoch den zentrumsorientierten Ziel- und Quellverkehr gewährleisten. Bei diesen Verkehrsachsen soll es nur geringfügige Änderungen geben. Es besteht jedoch die Absicht, den ehemaligen "Innenring" im Verlauf der Stubenbastei zu unterbrechen.

Die Fußgängerzone Graben soll erweitert werden und auch den restlichen Teil des Grabens mit den anschließenden Bereichen des Petersplatzes und der Tuchlauben, ferner die Kuhfußgasse, den Kohlmarkt, den Michaelerplatz, die Habsburgergasse und die Spiegelgasse umfassen. Außerdem sind unter anderem fußgängerfreundliche Bereiche auf dem Neuen Markt, dem Josefsplatz, dem Minoritenplatz, der Freyung, im Bereich Jungferngasse - Uhrenauszug und Sonnenfelsgasse - Alte Universität, auf dem Dr.-Karl-Lueger-Platz, dem Franziskanerplatz, in der Kumpfgasse und in der Johannesgasse vorgesehen.

Das Garagenkonzept für die Innere Stadt enthält Planungen für neue Tiefgaragen unter dem Heldenplatz (80 Busse, 800 PKW), der Freyung (650 PKW), bei der Albertina (550 PKW), unter der Schwarzenbergstraße (750 PKW), dem Dr.-Karl-Lueger-Platz (400 PKW) und dem Georg-Coppi-Platz (350 PKW). Derzeit gibt es im 1. Bezirk und in angrenzenden Straßen Garagenplätze für rund 9.000 PKW. Nach Verwirklichung der Neubaupläne stünden also rund 12.500 Stellplätze für PKW und 80 für Autobusse in Garagen zur Verfügung. (Forts. folgt)

sc/dr

Weitere Verkehrsberuhigung in der Inneren Stadt

Utl.: Hofmann: Fußgängerzone Graben soll vergrößert werden

4 =Wien, 12.8. (RK-KOMMUNAL) Eine weitere Verkehrsberuhigung, die Schaffung neuer fußgängerfreundlicher Bereiche und die Vorsorge für neue Tiefgaragen sind die Schwerpunkte der künftigen Verkehrsorganisation der Inneren Stadt bis zur und nach der Inbetriebnahme der U-Bahn-Linie U 3. Darüber berichtete Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Dienstag vormittag im Pressegespräch des Bürgermeisters, nachdem er vorher entsprechende Planunterlagen dem Bezirksvorsteher für den 1. Bezirk, Techn.-Rat Ing. Heinrich Anton HEINZ, und Bezirksvorsteher-Stellverteter Anton STEIER übergeben hatte. Die Vorschläge entsprechen den Zielsetzungen der Verkehrskonzeption für Wien.++++

Auch in Hinkunft sollen, so Hofmann, die sieben Hauptverkehrsschleifen den Durchzugsverkehr durch die Innere Stadt verhindern, jedoch den zentrumsorientierten Ziel- und Quellverkehr gewährleisten. Bei diesen Verkehrsschleifen soll es nur geringfügige Änderungen geben. Es besteht jedoch die Absicht, den ehemaligen "Innenring" im Verlauf der Stubenbastei zu unterbrechen.

Die Fußgängerzone Graben soll erweitert werden und auch den restlichen Teil des Grabens mit den anschließenden Bereichen des Petersplatzes und der Tuchlauben, ferner die Kühfußgasse, den Kohlmarkt, den Michaelerplatz, die Habsburgergasse und die Spiegelgasse umfassen. Außerdem sind unter anderem fußgängerfreundliche Breiche auf dem Neuen Markt, dem Josefsplatz, dem Minoritenplatz, der Freyung, in den Gebieten Judenplatz - Uhrenmuseum und Sonnenfelsgasse - Alte Universität, auf dem Dr.-Karl-Lueger-Platz, dem Franziskanerplatz, in der Kumpfgasse und in der Johannesgasse vorgesehen.

Das Garagenkonzept für die Innere Stadt enthält Planungen für neue Tiefgaragen unter dem Heldenplatz (80 Busse, 800 PKW), der Freyung (650 PKW), bei der Albertina (550 PKW), unter der Schwarzenbergstraße (750 PKW), dem Dr.-Karl-Lueger-Platz (400 PKW) und dem Georg-Coch-Platz (350 PKW). Derzeit gibt es im 1. Bezirk und in angrenzenden Straßen Garagenplätze für rund 9.000 PKW. Nach Verwirklichung der Neubaupläne stünden also rund 12.500 Stellplätze für PKW und 80 für Autobusse in Garagen zur Verfügung. (Forts. mgl.)

Dezentralisierung: Entwurf geht in Begutachtung (1)

Utl: Zilk: Ab 1988 mehr Rechte, aber auch mehr Pflichten für Bezirke
5 Wien, 12.8. (RK-POLITIK) Mit der Aussendung und Begutachtung
des Entwurfes zur Änderung der Landesverfassung wird nun die erste
Phase der Dezentralisierungsverhandlungen abgeschlossen. Nach der
Beschlußfassung in den zuständigen Wiener Organen soll das
Dezentralisierungskonzept mit 1. Jänner 1988 wirksam werden. Das gab
Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, heute Dienstag, bei seinem
wöchentlichen Pressegespräch bekannt.

Die Dezentralisierung wird folgende Bereiche umfassen:

- o Grünflächen
- o Öffentliche Verkehrsflächen
- o Schulen und Kindertagesheime
- o Planung und Baupolizei
- o Kultur und Freizeit

Bei allen Dezentralisierungsmaßnahmen wurde darauf Bedacht
genommen, daß den Bezirken nur jene Aufgaben zur selbständigen
Entscheidung übertragen werden, die ohne Beeinträchtigung von
Interessen des Nachbarbezirkes oder der gesamten Stadt bewältigt
werden können.

Die vorgesehenen Maßnahmen haben die Erweiterung der
politischen Rechte, damit aber auch die Pflichten der Bezirke zum
Ziel. Dezentralisiert werden soll die politische Entscheidung, nicht
die Administration. Das erfordert, daß für die von den Bezirken
autonom zu bewältigenden Aufgaben die Entscheidungsgewalt den
Bezirksorganen, insbesondere den Bezirksvertretungen zugeordnet wird.

Die Zugänglichkeit zu den Verwaltungseinrichtungen wird dadurch
erhöht, Entscheidungsprozesse werden durchschaubarer gemacht.
Dezentralisierung ist also sowohl eine Verwaltungsmaßnahme als auch
ein Schritt hin zu mehr Demokratie und Bürgernähe.

Mit dem vorliegenden Entwurf wird ein abgestuftes System
vorgeschlagen, das den Bezirken sowohl autonome Entscheidungsrechte
als auch Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten überträgt.

(Forts.) chr/rr

Dezentralisierung: Entwurf geht in Begutachtung (2)

6 Wien, 12.8. (RK-POLITIK) In Hinkunft werden die Bezirke über eigene Budgets verfügen. Die Budgetsumme, die den Bezirken zur autonomen Entscheidung übertragen wird, umfaßt rund 25 Prozent des Erhaltungs- und Herstellungsaufwandes der Stadt Wien.

Für das Budget 1986 wäre das ein Gesamtbetrag von rund 720 Millionen Schilling.

Der für die Bezirksbudgets jährlich aus allgemeinen Budgetmitteln zur Verfügung gestellte Betrag entspricht der Summe aus:

- o 17 Prozent des Aufkommens an Gewerbesteuer
- o 17 Prozent des Aufkommens an Lohnsummensteuer
- o 50 Prozent des Aufkommens an Dienstgeberabgabe.

Die Verteilung dieses Betrages an die Bezirke erfolgt nach folgendem Schlüssel:

- o 40 Prozent nach der Zahl der Wohnbevölkerung gemäß Volkszählung,
- o 40 Prozent im Verhältnis der von der Stadt Wien erhaltenen öffentlichen Verkehrsflächen,
- o 20 Prozent im Verhältnis der Schülerzahlen an Volks-, Haupt- und Integrierten Gesamtschulen sowie der allgemeinen Sonderschulen (jeweils ohne Privatschulen).

Mit der Änderung der Landesverfassung werden auch die Einflußmöglichkeiten der Volksanwaltschaft entscheidend erweitert. Die Verbesserung der Arbeitsvoraussetzungen beinhaltet auch das Rederecht der Vertreter der Volksanwaltschaft im Gemeinderat der Stadt Wien. (Schluß) chr/rr

NNNN

Dienstag, 12. August 1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1921

Stacher: Rechtzeitig für Spitals-Umstrukturierung gesorgt (1)

Utl.: Weniger Betten in Akutspitälern, mehr Platz in Pflege- und Pensionistenheimen

7 =Wien, 12.8. (RK-KOMMUNAL) Wien hat als einziges Bundesland Österreichs auf die geänderte Altersstruktur der Bevölkerung durch Verringerung der Bettenzahlen in Akutspitälern sowie Vermehrung des Bettenstandes in Pflege- und Pensionistenheimen reagiert. Das erklärte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Die Patienten der Spitäler bleiben hier auch weniger lang im Krankenhaus als jene in anderen Bundesländern. Besonders bemerkenswert sei auch der enorme Anstieg in manchen Spezialgebieten, wie der Neurochirurgie und der Intensivmedizin, wo die Belagstagsentwicklung sprunghaft emporgeschneit sei, fügte der Stadtrat hinzu.++++

Die Wiener erreichen heute ein höheres Lebensalter als früher, die Altersstruktur ändert sich. Daraus ergeben sich auch andere Anforderungen an medizinische Betreuung, der Wien als einziges Bundesland Österreichs schon zeitgerecht Rechnung getragen und damit volkswirtschaftlich richtig gehandelt hat. Bei den Akutbetten gab es in Wien eine Verringerung um 646, bei den "psychiatrischen Betten" sogar um 1.448, während gleichzeitig in den Pflegeheimen der Stadt Wien um 279 Betten mehr als Anfang 1980 bestehen. Die Zahl der Wohnplätze in Heimen des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime wurde in den letzten sechs Jahren um 2.285 erhöht, jene auf deren Pflegestationen um 253. Private Träger von Altenheimen haben ihre Bettenzahl in diesem Zeitraum um 229 reduziert, die Pflegeplätze wurden jedoch um 632 vermehrt. Die Stadt Wien leistet privaten Trägern maßgebliche Zuschüsse. (Forts.) and/bs

NNNN

Stacher: Rechtzeitig für Spitals-Umstrukturierung gesorgt (2)

Utl.: Intensivmedizin-Bedarf um Siebenfaches gestiegen

8 Wien, 12.8. (RK-KOMMUNAL) Zwischen 1971 und 1984 ist der Bedarf an "internen Betten" um 40 Prozent gestiegen, in der Unfallchirurgie betrug der Anstieg mehr als ein Viertel. Die Zahl der Belagstage in den Urologischen Stationen ist um 55 Prozent gestiegen, nicht zuletzt deshalb, weil beispielsweise heute Tumore behandelt werden können, die früher für den Patienten ein Todesurteil bedeutet hätten. Andererseits ist damit zu rechnen, daß die Möglichkeiten des Nierensteinertrümmers zu einer Verringerung der Belagszeiten in diesem Bereich der Urologie führen werden. Um die Hälfte mehr Belagstage verzeichnen Strahlen- und Röntgentherapie, während in der Neurochirurgie, wo u. a. Patienten mit Hirntumoren und Schlaganfällen geholfen werden kann, der Anstieg mehr als das Eineinhalbfache erreichte. Spitzenreiter ist aber die Intensivmedizin: Zwischen 1971 und 1984 ist die Zahl der Belagstage um 686,3 Prozent (!) gestiegen.

Zwtl.: Weniger Spitalsaufnahmen, Außenversorgung verbessert

In Wien geht die Zahl der stationären Spitalsaufnahmen zurück (1979: 23,2 Prozent aller österreichischen Patienten, 1984 trotz höherer absoluter Zahlen nur mehr 21,6 Prozent), während andere Bundesländer Steigerungen registrierten. Doch gerade aus anderen Bundesländern kommen viele Patienten vor allem mit schweren Erkrankungen nach Wien, weil es hier vielfach bessere Möglichkeiten zur Diagnose und Therapie gibt. Daß in Wien die Aufnahmezahlen zurückgehen, ist vor allem auf die in den letzten Jahren erfolgte Verbesserung der Außenversorgung (Soziale Dienste, Mobile Schwestern, nun eigener Koordinator für Gesundheits- und Sozialwesen) zurückzuführen.

Zwtl.: Weniger ambulante Patienten, mehr Leistungen

Allgemein geht in Österreich die Zahl der ambulant betreuten Patienten in den Spitälern zurück, doch in Wien ist der Anteil der Leistungen im Vergleich zu Österreich zwischen 1980 und 1984 von 35,7 Prozent auf 45,6 Prozent gestiegen. (Forts.) and/gg

Stacher: Rechtzeitig für Spitals-Umstrukturierung gesorgt (3)

Utl.: Mehr Pfllegetage in Pflegeheimen, kaum Steigerung in Akutspitälern, jedoch weniger in der Psychiatrie

9 Wien, 12.8. (RK-KOHNUNAL) Im Allgemeinen Krankenhaus und in den anderen Akutspitälern der Stadt Wien ist die Zahl der Pfllegetage höchstens geringfügig angestiegen, dramatisch ist hingegen die Verringerung in der Psychiatrie: Sie macht 44,8 Prozent aus und spiegelt den Erfolg der vor einigen Jahren eingeleiteten Psychiatriereform in Wien wider. Im Steigen begriffen ist hingegen die Zahl der Pfllegetage in den Pflegeheimen (11,2 Prozent).

Zwtl.: Verkürzung der Verweildauer

Vergleicht man die Zahl der Aufnahmen in den Wiener städtischen Krankenanstalten zwischen 1977 und 1985, bemerkt man einen Anstieg im Allgemeinen Krankenhaus um 39,7 Prozent und in den anderen Akutspitälern um 20,3 Prozent. Daraus läßt sich eine Verkürzung der Verweildauer und eine verbesserte Nutzung der kostspieligen Krankenhauseinrichtungen ablesen: zwischen 1975 und 1980 ist sie von durchschnittlich 12,98 Tagen auf 11,56 Tage gesunken.

Zwtl.: Kosten der Spitäler genauer differenzieren

Im Allgemeinen Krankenhaus wurden 1984 insgesamt 68,7 Prozent der Pflegegebühr für medizinische, 17,9 Prozent für Pflege- und 13,4 Prozent für Hotelleistungen ausgegeben. In den anderen städtischen Spitälern war die Situation ähnlich, wenn auch zwischen medizinischen und Hotelkosten verschoben. Im Pflegeheim Lainz hingegen macht die medizinische Leistung 15 Prozent, die Pflegeleistung 39,3 Prozent und die Hotelleistung 45,7 Prozent der Kosten aus. Nach Meinung von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Stacher soll man, um diese verschiedenen Leistungen als Ganzes zu definieren, statt von "Pflegegebühren" eher von "Krankenhausgebühren" sprechen. Es wäre wichtig, diese Einzelleistungen genauer zu differenzieren, wenn von den Kosten und der Finanzierung der Spitäler die Rede ist. (Schluß) and/gg